

## BUCHBESPRECHUNGEN

HERBERT VON BORCH  
OBRIGKEIT UND WIDERSTAND

Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1954,  
243 Seiten, Leinen 15,80 DM.

Die Geschichte der Macht ist zugleich diejenige ihrer großen Versuchungen. So ist die *Sicherung politischer Freiheit gegenüber mißbräuchlich ausgeübter Staatsgewalt* ein natürliches Anliegen der Beherrschten, solange die Gesellschaft im Staat ihren mächtigen Gegenpol gefunden hat. Die Sehnsucht nach Garantien konnte weder durch den konstitutionellen Rechtsstaat noch durch die formale parlamentarische Demokratie, die die Regierten selbst zum obersten Souverän erhoben hat, gestillt werden. Aus den Erfahrungen der „gleitenden Machtübernahme“ und sonstigen modernen, „scheinlegalen Umsturztechniken“, die eine juristische Sicherung fragwürdig gemacht haben, wirft der Verfasser die Frage nach der Lösbarkeit des Problems vom *Gesellschaftlichen* her auf. Er weist die Widerstandsfunktionen gegenüber dem Mißbrauch der Staatsgewalt einer beschränkten Personengruppe, der Fachbürokratie,

zu und beweist seine paradox anmutende Behauptung an Hand einer Untersuchung, die wegen ihrer übersichtlichen Darstellung, scharfen Gedankenführung und quellenmäßigen Vollständigkeit als wissenschaftlich „hieb- und stichfest“ bezeichnet werden muß.

Im ersten Teil, der an sich schon einen selbständigen Rang in der Literatur verdient, zeigt der Verfasser die Bürokratie in der „Anfangskonstellation“ als Herrschaftsinstrument und Werkzeug der Unfreiheit im alten Babylon und im pharaonischen Ägypten. Von dieser orientalischen Peripherie her findet es Eingang in das augustinische Rom, um nach restloser Ablösung der altrömischen Wahlmagistratur unter *Dioctetian* seinen Höhepunkt zu erreichen. Während auf weströmischem Boden ursprünglich freiheitliche Germanenkönige Apparat und Methode der Provinzialherrschaft auf eigene Stämme übertragen, findet die Bürokratie in Byzanz unter einer Theokratie mit cäsaro-papstlicher Spitze eine glanzvolle Erhöhung. Indessen bleibt das „Reich“, d. h. die germanisch-westliche Fortsetzung des römischen Imperiums, infolge der vielfältigen föderalistischen Stufung durch das Lehnswesen der Staatenverband ohne Bürokratie. Erst *Friedrich II.*, staufischer Kaiser des Erdkreises, „Sultan von Luccera“, vollzieht

in seinem normannischen Erbland Sizilien, „der Tyrannen Mutter“, im Schnittpunkt antioientalischer Kulturen, den grandiosen Sieg der blind-instrumentalen Zentralbürokratie der „Anfangskonstellation“ über die Reste einer alten Selbstverwaltung. Er wird zum Begründer des partikularen, bürokratischen Einheitsstaates, zum Vorbild der Territorialfürsten des Abendlandes. Zutreffend bezeichnet von Borch die „Konstitutionen von Melfi“ (1231) als die Geburtsurkunde des modernen Berufsbeamtentums. Nach sizilianischem Vorbild und unter der Schirmherrschaft Friedrichs II. von Hohenstaufen gestaltet der Deutschritterorden das heidnische Preußen. Wiederum übernehmen die Kurfürsten von Brandenburg die kolonial-bürokratische Methode „von der Peripherie her“ auf die mittel- und westdeutschen Kernlande. Die dem Luthertum innewohnende Autoritätsbejahung kommt den Bestrebungen der Herrscher von Brandenburg und Preußen entgegen. Ja selbst der Übertritt des Hauses Hohenzollern zum Calvinismus (1613), der in der Schweiz und in den angelsächsischen Ländern zu einer religiösen Quelle freiheitlicher Verhaltensweisen wird, führt in Preußen durch asketische Disziplinierung der Oberschicht zur reinsten bürokratisch-gehorsamsmäßigen Durchführung der Staatsstruktur überhaupt, zur völligen Verselbständigung des Staates gegenüber der gesellschaftlichen Sphäre. Die im weiteren Verlauf dargestellte politisch-militärische Verklammerung durch die Einrichtung des Reserveoffiziers und die Rekrutierung der unteren Beamtenschaft aus den sog. Zivilanwärtern, also die Militarisierung der Bürokratie, ist der Generation von heute noch in wacher Erinnerung.

Im zweiten Teil verfolgt der Verfasser die Widerstandslehren in ihrer Entwicklung durch die Kirchenväter, *Thomas von Aquino* und die scholastische Schule und die Reformatoren. An Hand vieler Quellen stellt er den Konflikt *Luthers* und die sich widersprechenden Lutherinterpretationen dar. Zutreffend kommt er zu dem Ergebnis, daß der Reformator jedenfalls indirekt zur Stärkung der bürokratisch-zentralistischen Obrigkeit beigetragen hat. Für die geistige Entwicklung sollte aber die Lösung des „späten *Luthers*“, paradoxerweise der Obrigkeit selbst die Widerstandspflicht aufzuerlegen, Weltgeschichte machen. Der Weg wurde alsdann durch *Calvin* systematisch beschritten. Für ihn ließ der absolute und souveräne Willenscharakter Gottes keine Vergöttlichung der politischen Obrigkeit zu. Ein Eingriff in die religiöse Freiheit löst daher ein sofortiges Widerstandsrecht besonders vorgesehener Instanzen, der mittleren „Magistrate“, aus, die an Stelle des Herrschers das Recht neu aufzurichten haben. Dieses Widerstandsrecht ist seit Jahrhunderten eine Einrichtung des positiven englischen Staatsrechts und dank seines ständischen Ursprungs an bestimmte Träger gebunden. Amerika und Frankreich gewährten es später für jedermann

und entkleideten es damit ihres soziologischen Wirklichkeitsgehaltes.

An zahlreichen geschichtlichen Beispielen beweist von Borch, daß nach Überwindung der noch heute wirksamen „Anfangskonstellation“ gerade „das unentbehrliche Werkzeug eines Freiheitsgefährdenden Herrschaftswillens, die Bürokratie“, als entscheidender und wirksamer Träger des Widerstandsrechts in Betracht kommt. Überzeugend ist der Hinweis auf den Kapp-Putsch, der nicht zuletzt am Widerstand der republiktreuen Ministerialbürokratie scheiterte. Konsequenterweise erhebt der Verfasser am Schluß seiner Studie die Forderung nach rechtlichen Maßnahmen. Wenn schon eine genaue Fixierung schwierig, vielleicht unmöglich sei, so müsse doch wenigstens der Weg durch Beseitigung der Sperrvorschriften freigegeben werden.

Dem Verfasser ist im Ergebnis zuzustimmen. Es ist richtig, daß ein Widerstandsrecht für jedermann den Zweck der Freiheitssicherung nicht erfüllen kann. Zwangsläufig entartet es zu einer Farce oder führt zur Anarchie und somit zu einer neuen Gewaltherrschaft. Die Eignung der Bürokratie, jedenfalls des leitenden Verwaltungsapparates, ist ohne Zweifel sachlich-technisch gegeben. Richtig führt aber der Verfasser aus, daß das Berufsbeamtentum den Widerstandsgedanken in sein Berufsethos aufnehmen muß. Hiermit wird die zentrale Frage des Widerstandsproblems angeschnitten, von der im Letzten Erfolg oder Mißerfolg abhängen. Die Geschichte des Berufsbeamtentums im kontinentalen Europa hat dem Leser gezeigt, daß die orientalisch-„Anfangskonstellation“ die jeweilig gegenläufigen Ansätze überdauert hat. Die deutsche Praxis zeigt, daß noch heute weite Kreise der Beamtenschaft — sei es aus Gründen der Überlieferung, der falschverstandenen Treue oder aus Furcht vor der Verantwortung und den möglichen Folgen — für ein politisch neutrales Beamtentum eintreten. Nicht nur Treue, Gewissenhaftigkeit und Gehorsam — nein, vor allem Rückgrat und Zivilcourage müßten in den Pflichtenkatalog des Beamten aufgenommen werden. Nicht zu vergessen ist, daß eine Widerstandsberechtigung vom Vertrauen des Volkes abhängt, das durch seine Massenorganisationen im entscheidenden Augenblick starken Einfluß ausüben kann. Auch in dieser Richtung wird das Beamtentum zeigen müssen, daß es sich aus dem Verhältnis blinder Instrumentalität gelöst hat und zum Willensvollstrecker, Helfer und Berater des Volkes geworden ist.

Herbert von Borchs Buch ist ein Fundament, auf dem weiter gebaut werden muß. Es wäre zu hoffen, daß es eine Ergänzung findet durch eine Studie über die „Möglichkeit moralisch-erzieherischer Sicherung der politischen Freiheit“ als spätere Richtschnur für die Träger des Widerstandsrechts und diejenigen, die es werden wollen.

Dr. Rolf A. Födisch

## POLITISCHE ÖKONOMIE

Akademie der Wissenschaften der UdSSR,  
Institut für Ökonomie, Dietz Verlag Berlin 1955,  
720 Seiten, 5,80 DM.

Das große Lehrbuch der „Politischen Ökonomie“, an dem die Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion seit vielen Jahren gearbeitet hat, ist in Moskau Mitte 1954 erschienen. Damit ist die seit langem erwartete theoretische Grundlage für den nationalökonomischen Unterricht nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den Satellitenstaaten geschaffen worden. Für die Schlußredaktion zeichnen dabei Koryphäen der sowjetischen Nationalökonomie, wie z. B. *Laptjew*, *Leontjew* und *Ostrowitjanow*, verantwortlich; bei dem letzteren handelt es sich um jene Persönlichkeit, die im Anschluß an die Kontroverse mit dem bedeutenden Konjunkturtheoretiker *Vagar* vor einigen Jahren an die Spitze der sowjetischen Forschungsarbeit trat.

In der Sowjetunion wird die „Politische Ökonomie“ — also das, was man im Westen im wesentlichen unter „Volkswirtschaftslehre“ versteht — in den Rahmen der Gesellschaftswissenschaften eingespannt, die auch die Soziologie im weitesten Sinne umfassen. Dabei ist die sowjetische Version der Nationalökonomie, getreu ihrer Herkunft vom Marxismus, stark historisch bestimmt; hier verleugnen sich nicht die starken deutschen Ansatzpunkte. Es versteht sich auch von selbst, daß die sowjetische Ökonomie — bei aller Betonung der „widerspruchsvollen und komplizierten“ Elemente in der modernen Wirtschaft — doch weitgehend von ihren politischen Zielsetzungen bestimmt wird: Man glaubt einfach nicht an das Vorhandensein einer „rein objektiven“ Wissenschaft, sondern unterscheidet gleich von vornherein zwischen einer bürgerlichen, einer kleinbürgerlichen und einer proletarischen politischen Ökonomie. Die letztere, die sich „auf die Interessen der Arbeiterklasse stützt“, sei die eigentlich objektive und uneigennützig. Aus dieser Grundeinstellung erklärt sich auch das unvermeidliche propagandistische Beiwerk.

Das Lehrbuch dürfte seiner ganzen Anlage nach mehr als Einführung gedacht sein, die auch für ökonomisch nicht näher gebildete Leser faßbar bleiben soll. Die Gliederung ist übersichtlich; sie beginnt mit einer Darlegung der wirtschaftshistorischen Theorien des Marxismus, die u. a. durch interessante Ergebnisse der russischen Agrarhistorie ergänzt wurden.

Der zweite Abschnitt — „Die kapitalistische Produktionsweise“ — stellt eine recht getreue und im Gegensatz zu ihrem Vorbild sehr lesbare Kurzfassung der marxistischen Theorie dar. Problematisch wird die Darstellung erst vom 8. Kapitel ab, in dem der *Arbeitslohn* behandelt wird. Es mag etwas seltsam klingen, wenn die „Antreiber-Lohn-Systeme“ wegen ihrer Aussaugung der Kräfte des Arbeiters an-

geprangert werden. In den folgenden Abschnitten bemühen sich die Verfasser verzweifelt, das Sinken der Reallöhne in den letzten Jahrzehnten zu beweisen. Das gelingt ihnen nur insoweit, als sie die Arbeitslosigkeit immer so behandeln, als bewirke sie einen entsprechenden Lohnausfall für jeden einzelnen Arbeiter. Realistischer wäre es wohl, wenn man Unterschiede zwischen solchen Arbeitern, die weitgehend ihre Beschäftigung halten können, und permanent arbeitslosen. Tut man das aber, so läßt sich nicht leugnen, daß — während die Verfasser z. B. zwischen 1900 und 1938 eine Senkung des amerikanischen Reallohnes um 26 vH herausrechnen — in Wirklichkeit allein zwischen 1913 und 1938 für die ständig beschäftigten Arbeiter eine Erhöhung um rund 75 vH eingetreten ist. Oberhaupt steht dieser ganze Abschnitt im Zeichen einer grob vereinfachten „Verelendungstheorie“, die die feineren Nuancen bei *Marx* — Unterscheidung zwischen der Arbeiterklasse insgesamt und ihrem „pauperisierten“ Randbestandteil — außer acht läßt. Ebenso unbeachtet bleibt die Tatsache, daß *Marx* zum Teil ganz andere Faktoren gemeint hat, wenn er von der geistigen und körperlichen Verkrüppelung des Menschen sprach oder davon, daß der Mensch als Diener des Molochs Maschine *trotz* steigender Arbeitslöhne elender werden könne. *Marx* hat im „Kapital“ nicht geleugnet, daß die Masse der Lebensmittel „für Arbeiter und Kapitalist gleichzeitig und in demselben Verhältnis wachsen kann“, daß also der Reallohn steigen kann. Seine Pauperisierungstheorie betrifft das *relative* Anwachsen einer *relativ* verelendeten Schicht, z. B. die wachsende Arbeitslosenquote. Die älteren Formulierungen aus dem „Manifest“ reichen als Grundlage für eine Theorie der „absoluten“ Verelendung kaum aus.

Im übrigen weist das Lehrbuch, das eine solche Überbetonung der „verstärkten Verelendung der Werktätigen“ eigentlich gar nicht nötig hat, zwar auf dieses Anwachsen der Arbeitslosigkeit hin, analysiert aber kaum ausreichend die Probleme der technologischen Arbeitslosigkeit und der langfristigen Wachstumsschwierigkeiten des Kapitalismus. Die letzteren werden nur auf Seite 313 relativ kurz angesprochen. Das erklärt sich zum Teil auch daraus, daß das für die Beurteilung der kapitalistischen Entwicklung entscheidende Konjunkturproblem nur auf weniger als einem Dutzend Seiten abgehandelt wird. Damit haben sich die Verfasser eigentlich die besten Möglichkeiten zu einer tiefgreifenden Kritik am Kapitalismus genommen, obwohl ihre sehr knappe Darstellung hier als recht gute einführende Zusammenfassung bezeichnet werden muß.

Angesichts der umfangreichen konjunkturtheoretischen Arbeit der letzten Jahrzehnte, die auch von westlichen Sozialisten mit befruchtet wurde, ist es wohl eine etwas gewagte Behauptung, wenn gesagt wird, daß die „bürgerlichen Ökonomen die Krisen als Folge zufälliger

Ursachen“ erklären. Oberhaupt wird die Geschichte der nichtmarxistischen Nationalökonomie äußerst lückenhaft behandelt: Außer *Keynes* — der ob seines Glaubens an die Vollbeschäftigung als „reaktionär“ gilt — und *Hansen* fehlen fast alle bedeutenden Namen und Gedanken der zeitgenössischen Theorie, selbst solche vom Range *Schumpeters*, *Robertsons*, *Haberler* oder *Pigous*. Die älteren Marxisten, wie z. B. *Kautsky* oder *Hilferding*, werden als „Verfälscher“ der Lehren ihres Meisters bezeichnet, und die jüngeren von Marx beeinflussten Ökonomen, wie *Dobb*, *Sweezy*, *Joan Robinson*, *Bartoli*, *Duret*, und die ganze reiche Skala der französischen Marxschule bleiben einfach unerwähnt. Irgendwie scheint hier die noch bis nach *Lenin* rege geistige Auseinandersetzung genauso zu stagnieren wie der Ost-West-Handel. Interessant ist dagegen die Theorie, wonach sich der gesamte Konjunkturzyklus verkürzen sollte, gleichzeitig aber die Depressionen immer länger dauerten.

Die Verknüpfung zwischen Konjunktur- und Monopoltheorie ist ebenfalls nur recht knapp angedeutet. Als Beweis für das Fortschreiten der Konzentration greift man immer nur auf die Betriebsstatistiken zurück, stellt also die mehr technischen Faktoren gegenüber denen der Unternehmenskonzentration, die eigentlich viel wichtiger ist, in den Vordergrund. Dies erklärt sich vielleicht auch aus einer gewissen Überschätzung der Bedeutung des Großbetriebes.

Das Lehrbuch ist besonders interessant im Hinblick auf die Fülle der — allerdings meist in Prozentziffern ausgedrückten — Angaben über die Entwicklung der Sowjetunion. Überhaupt trägt es sehr stark wirtschaftshistorischen und wirtschaftskundlichen Charakter; in der Schilderung der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung bis in die neueste Zeit hinein liegt seine eigentliche Stärke.

Das Schicksal sowjetischer Werke ist häufig, daß bei ihrem Erscheinen die allgemeine Parteilinie wieder eine Schwenkung vollzogen hat. So auch hier: In verschiedenen Abschnitten wird noch die alte *Malenkowsche* These von der Steigerung der Reallöhne und der Förderung der Produktion von Konsumgütern sowie der realen Zunahme der Einzelhandelsumsätze unterstrichen. In diesem Zusammenhang ist auch interessant, daß als einer der Haupterfolge die Zunahme der Gewinne in den Staatsbetrieben der Sowjetunion betont wird; diese seien zwischen 1932 und 1940 von 6,6 auf 31,8 und dann bis 1953 nochmals auf 89,8 Milliarden Rubel gestiegen. Bei solchen Ziffern wird deutlich, in welchem Maße der Staat den Verbraucher über den Preis besteuert; andererseits kommt darin natürlich die inflationäre Aufblähung des Geldvolumens zum Ausdruck. Nicht ganz begreiflich ist, wieso die hohe Umsatzbesteuerung „weder eine Steuer noch ein Abzug vom Einkommen der Werktätigen“ sein soll.

Das Buch ist in seiner Gesamtheit zweifellos eine hochinteressante Darstellung des Funktionierens der sowjetischen Wirtschaft, deren Fortschritte in der Schwerindustrie nicht wégediskutiert werden können. Jahrzehntelange bewußte Drosselung des Konsums hat hier sicherlich zu einem imposanten Ausbau der Produktivkräfte geführt, die auch durch die scharfe Zäsur des zweiten Weltkrieges nicht so vernichtend getroffen wurde, wie man dies zunächst wohl glauben mochte. Nach dem neuen Umschwung der Politik dürften nun diese Produktivkräfte weiterhin in ihrem Schwerpunkt für die Rüstung Verwendung finden; sollte sich allerdings eines Tages doch wieder eine Umschaltung auf die Konsumgüterversorgung, im Großmaßstab ermöglichen lassen, so würde zweifellos die Frucht jahrzehntelanger Verzichtes auch für die breite Masse der Bevölkerung fühlbarer werden. Daß für einen solchen Ausbau der Versorgung wesentliche Voraussetzungen mit dem ungeheuren Wirtschaftsblock, der sich von der Elbe bis ans Gelbe Meer erstreckt, geschaffen wurden, das zeigen vor allem die trotz ihrer Knappheit und ihrer vorsichtigen Angaben hochinteressanten Abschnitte über die gesellschaftliche Umgestaltung in den Satellitenländern und die allmähliche Erschließung des chinesischen Riesenraumes. K.

FRITZ STERNBERG

#### MARX UND DIE GEGENWART

Entwicklungstendenzen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Gewerkschaftsausgabe Bund-Verlag, Köln-Deutz 1955, 380 Seiten, 13,80 DM.

Mit seinem neuesten Buch hat *Fritz Sternberg* eine von allen Interessenten seit langem empfundene Lücke gefüllt. Das Werk von *Karl Marx* ist auch heute noch, über 70 Jahre nach seinem Tod, heiß umstritten. Aber bisher ist kaum eine seiner Bedeutung angemessene kritische Würdigung erschienen. Die bürgerlichen Marxgegner, die oft mit falschen Zitaten und subjektiven Interpretationen operieren, haben den Marxismus seit bald einem Jahrhundert vergeblich totgesagt. Es gibt auch sozialistische Theoretiker, die Marx als einen großen Mann seiner Zeit, seine Erkenntnisse und Lehren aber als längst überholt und in der Gegenwart nicht mehr anwendbar bezeichnen. Zum Teil wird das irrtümlicherweise damit begründet, daß die Praktizierung des Marxismus in der Sowjetunion schlimme • Folgen gezeitigt und damit seine Unbrauchbarkeit für eine freiheitlich-demokratische Arbeiterbewegung bewiesen habe. Auf der anderen Seite gibt es, besonders im kommunistischen Lager, „Theoretiker“, die sich für die einzigen echten Marxisten ausgeben und doktrinär an Auffassungen festhalten, die ganz offensichtlich von der Entwicklung überholt sind.

Sternberg zeigt hier, daß Marx zu seiner Zeit nur den Kapitalismus in Europa kennen konnte, und auch da im wesentlichen nur den in England, Frankreich und Deutschland. Weil dieser europäische Kapitalismus mit seiner sich schnell entwickelnden Industrie bei ungehemmter Ausbeutung der Arbeiterschaft und seiner Handels- und Kolonialpolitik damals fast die ganze übrige Welt beherrschte oder beeinflusste, folgerte Marx, daß die Ausbreitung des Kapitalismus überall nach europäischem Muster vor sich gehen und eine Verelendung der großen Bevölkerungsmassen mit sich bringen würde.

Mit der gewiß nicht neuen Feststellung, daß die Dinge anders gelaufen sind, daß zwar Teile des Mittelstandes vernichtet, dafür aber neue Mittelstandschichten geschaffen wurden und der bäuerliche Mittelstand bis heute fast restlos erhalten blieb, stellt Sternberg den Irrtum von Marx und seine Ursachen heraus. Er beweist an Hand unwiderlegbaren statistischen Materials, daß die Reallöhne und der Lebensstandard breiter Arbeiterschichten im Rahmen des Kapitalismus entgegen der Annahme von Marx gestiegen sind, ja sogar, besonders in den USA, Mittelstandsniveau erreicht haben.

Durch eine ausgezeichnete Analyse der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Amerika, Rußland und Asien macht Sternberg deutlich, daß die Entwicklung dort in vieler Beziehung einen ganz anderen Verlauf genommen hat als in Europa. Schon mit Beginn des 20. Jahrhunderts verlagerte sich das Schwergewicht des Kapitalismus in steigendem Maße von Europa nach den USA.

Nicht weniger einschneidend war die mit der Oktoberrevolution 1917 eintretende Entwicklung in Rußland. Dort wurde der — noch in seinen Anfängen steckende — Kapitalismus zum erstenmal in der Geschichte vernichtet. Ein völlig in Staatsbesitz befindlicher Produktionsapparat entstand. Wie stark dabei vor allem die Schwerindustrie auf Kosten der Konsumgüterindustrie und unter Niedrighaltung des Lebensstandards der Arbeiter- und Bauernmassen aufgebaut wurde, ergibt sich aus den offiziellen russischen Produktionsziffern. Die Auffassung, daß in der Sowjetunion der Marxismus realisiert sei, lehnt Sternberg entschieden ab. Rußland sei auch keineswegs ein sozialistischer Staat. Es handele sich hier um ein neues, weder staatskapitalistisches noch sozialistisches System.

Ausführlich wird die revolutionäre Entwicklung der großen asiatischen Völker behandelt, die die Kolonialherrschaft des europäischen Kapitalismus abgeschüttelt haben. Trotz des katastrophal niedrigen Lebensstandards versuchen diese nun, eigene — weder kapitalistische noch sowjetische — Wege zu gehen.

Von besonderem Interesse ist die Behauptung, daß sich die von Marx aufgestellte These, der Kapitalismus untergrabe aus inneren Wider-

sprüchen sein eigenes System, als richtig erwiesen habe. Vor allem die den Kapitalismus in seinen Grundfesten erschütternde Weltwirtschaftskrise und die berechtigte Furcht vor neuen Krisen bestätigten, daß der Kapitalismus unfähig sei, die krisenhaften Auswirkungen seines Systems zu verhindern. Ferner mache der technische Fortschritt und die zunehmende Konzentration im kapitalistischen Produktionsapparat die persönliche Leitung und Initiative der Kapitalbesitzer überflüssig. Diese Funktionen würden immer mehr von Managern und in kollektiver Zusammenarbeit von angestellten Experten ausgeübt. Die so organisierte Produktion in etwa 100 Großbetrieben der USA mit sechs Millionen Beschäftigten beherrsche fast die ganze amerikanische Wirtschaft. Andererseits steige der Einfluß und die direkte Beteiligung des Staates in der Wirtschaft, weil die Privatindustrie die großen Aufgaben der modernen Wirtschaft nicht meistern könne. Ähnliche Tendenzen seien auch in den europäischen Industriestaaten festzustellen. Dazu komme die wachsende Stärke der Gewerkschaften.

Aus alledem folgert Sternberg, daß die objektiven Voraussetzungen für eine sozialistische Transformation der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse heute günstiger seien als je zuvor. Er hält es auch für möglich, daß die weitere Entwicklung in der Sowjetunion die dort herrschende Oberschicht zwingen könnte, der unterdrückten und ausgebeuteten Masse Konzessionen in demokratischer und freierlicher Richtung zu machen. Das alles, so schreibt Sternberg, muß aber nicht so sein. Wie schon der Faschismus und Nazismus gezeigt haben, könne es auch ganz anders kommen, nämlich zum verstärkten Aufleben einer Entwicklung zur Barbarei, besonders auch im Hinblick auf die Rüstungen und die Kriegsgefahr.

Der freiheitlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und allen sozialistischen Parteien sei die riesengroße Aufgabe gestellt, durch kluges Handeln die Entwicklung in sozialistischem Sinne zu beeinflussen. Das wird jedoch durch Uneinigkeit und Fehlen einer klaren Konzeption der sozialistischen Parteien Europas sehr erschwert. Die Krise der sozialistischen Bewegung in ganz Europa dokumentiert sich u. a. auch darin, daß kaum mehr sozialistische Bücher, die die *gesamte* Welt-situation zu analysieren suchen, geschrieben werden. Sternberg legt hier ein solches Buch vor. Er schafft damit wieder einen Ausgangspunkt für eine Diskussion, die fruchtbar werden kann. Sehr überzeugend beweist Sternberg, daß dabei die von Marx entwickelte Forschungsmethode großen bleibenden Wert besitzt und auch heute erfolgreich angewandt werden kann. Er plädiert daher für die Errichtung eines Marx-Institutes.

Das Buch ist sehr lebendig geschrieben und auch für Nichtakademiker gut verständlich.

August Enderle

ADOLF WEBER  
KAPITALBILDUNG UND LOHNKÄMPFE

Verlag Duncker und Humblot, Berlin 1955,  
77 Seiten, 4,80 DM

Prof. *Adolf Weber*, der zweifellos einer der fruchtbarsten nationalökonomischen Autoren ist, hat mit den beiden Vorträgen, die in dieser kleinen Schrift zusammengefaßt sind, der großen Zahl seiner Arbeiten eine neue hinzugefügt, die sich wohl weniger durch tiefeschürfende Analyse als mehr durch seine — ja auch sonst beliebte — gut lesbare und unmißverständlich klare Schreibweise auszeichnet. Manchmal fragt man sich allerdings, gegen wen die Unmißverständlichkeit seiner Attacken eigentlich gerichtet ist, so z. B. wenn er gegen diejenigen zu Felde zieht, die „die Meinung vertreten, man könne das Kapital, das erarbeitet und erspart werden muß, durch »Geld«, das beliebig vermehrt werden kann, ersetzen“. Derartig primitive Vorstellungen kann man jedenfalls kaum bei irgendeinem ernst zu nehmenden Nationalökonomem entdecken, am allerwenigsten bei dem „amerikanischen Keynesianismus“ (gemeint ist wohl vor allem die Hansen-Schule?), den Lord *Keynes*, „wenn er noch lebte“, angeblich als Wechselbalg ablehnen würde. Die Einleitung, in der sich diese erstaunlichen Behauptungen finden, betont glücklicherweise, daß beide Vorträge vor Hörern gehalten worden seien, die „überwiegend nationalökonomisch nicht geschult waren“.

In dem ersten der beiden Vorträge („Kapitalbildung und sozialer Fortschritt“) wird das Inflationsthema aufgegriffen: „Jede Inflation ist vom Übel, auch die scheinbar harmlose, schleichende, narkotisierende . . . Man lebt auf Kosten der Zukunft infolge relativ verminderter Kapitalbildung.“ Diese letzte Feststellung gilt aber eigentlich nur für die übersteigerten Inflationen à la 1920/23. Denn ansonsten zeichnet sich eine „schleichende“ Inflation bekanntlich dadurch aus, daß den Konsumenten das Geld mittels steigender Preise aus der Tasche gezogen wird, worauf ein Großteil dieser Gewinne in eine übersteigerte Investition — sprich: Realkapitalbildung — fließt. Was bei der „narkotisierenden“ Inflation zu kurz kam, war bisher meist der Verbrauch.

Für den von ihm gern zitierten Geheimrat *Vocke* von der Bank deutscher Länder dürfte es interessant sein, daß Prof. *Weber* von der Erhöhung des Diskonts und der Bankreservesätze als Instrumenten zur Bekämpfung inflationistischer Tendenzen nicht viel hält. Ebensovienig hält er von der Stabilität der gegenwärtigen „künstlich aufgepöppelten“ Konjunkturerholung in den USA. Man kann ihm nur zustimmen, wenn er vor Überschätzung des „deutschen Wirtschaftswunders“ warnt, das zu viele Autos und zuwenig Schulen zustande gebracht habe: „Unsere gegenwärtige Konjunktur-

lage ist im Hinblick auf die bevorstehende Rüstungskonjunktur zumindest äußerst unbequem . . .“ Er weist auf die Unvermeidlichkeit steigender Kohlen- und Eisenpreise und die - trotz relativ stabiler Verbrauchsgüterpreise - von 1950 auf 1954 bereits erfolgte Erhöhung der Preise für Investitionsgüter um etwa ein Viertel hin. Die Kurssteigerung auf den Aktienmärkten führe dazu, daß „die Aktionäre sich einbilden dürfen, in dem erwähnten kurzen Zeitraum (den ersten 15 Wochen 1955) insgesamt um etwa 5 Milliarden DM kaufkräftiger und — kreditwürdiger geworden zu sein . . .“

Während man die Sorge Prof. *Webers* angesichts des spekulativen bundesdeutschen Wirtschaftsklimas durchaus teilen kann, wird man ihm in seinen Ausführungen zu dem zweiten Thema „Gewerkschaften und Volkswirtschaft“ nicht immer folgen können. Er beginnt mit seinen Erinnerungen an die Zeit vor dem ersten Weltkrieg, in der nach Erscheinen seines großen Buches „Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit“ die ihm nahestehenden christlichen Gewerkschaften ihn bekämpften — „manchmal in gehässiger Weise, während führende Sozialdemokraten, z. B. E. Bernstein, mehr zu loben als zu tadeln hatten“. Es folgen dann seine - in der 1954 erschienenen 6. Auflage seines Buches wiederholten — bekannten neun Thesen zur Lohnpolitik, die alle in der Forderung nach Steigerung der volkswirtschaftlichen Gesamtproduktivität — d. h. Vermehrung der „Gütermenge, die zur Entlohnung der Arbeitskräfte zur Verfügung steht“ — als Voraussetzung für die Reallohnsteigerung gipfeln. *Weber* warnt davor, daß Reallohnsteigerungen sonst auf Kosten derjenigen Bevölkerungsgruppen erfolgen könnten, die „keine Mannschaft zur Verfügung haben, um sich am Tauziehen zu beteiligen“.

Dabei überschätzt er zweifellos die inflationistischen Einflüsse, die von Lohnsteigerungen ausgehen könnten — nachdem er im ersten Teil der Arbeit zweifellos richtig die sehr viel größere Gefahr gezeichnet hat, die von spekulativen Tendenzen z. B. auf dem Kapitalmarkt ausgehen. Wenn er zum Schluß die Gewerkschaften dazu animieren will, im Konjunkturabschwung Lohnsenkungen zuzulassen, so fällt er in die alte Fallgrube Brüning'scher Deflationsideen. Bei aller Anerkennung des Grundsatzes, daß die Nominallöhne nicht zu rasch nach oben gezwungen werden dürften (was heißt „zu rasch“?), den *Weber* unter Berufung auf *Landauer* und das „von den deutschen Gewerkschaften herausgegebene Lehrbuch des Amerikaners *Samuelson*“ verfißt, kann man sich doch des Eindrucks nicht erwehren, daß an diesem Nestor des deutschen Katheders die ganze hochtheoretische Diskussion von *Keynes* über *Lerner*, *Dunlop*, *Tobin* u. a. so gut wie spurlos vorübergegangen ist. Wenn er dann zum Schluß noch das Gespenst des „farbigen

Grenzkulis“ an die Wand malt, der die weiße Arbeit mit ihrem „gewohnten hohen Lohn“ zur Arbeitslosigkeit verdammen soll, so kann man ihn nur am Ohrläppchen seiner eigenen Produktivitätsthese ziehen: „Unterbietet“ nicht der hochbezahlte, aber weit „produktivere“ amerikanische Arbeiter auf weiten Weltmärkten selbst diesen „Grenzkuli“? Die Frage ist nur: Wie verbessert man die Kapitalausrüstung und damit die Produktivität des deutschen Arbeiters, ohne daß er inzwischen am zu eng geschnürten Gürtel des Konsumverzichts mitsamt der — auch nach Weber gefährdeten — Hochkonjunktur einget? Dr. Karl Kühne

## Jahrbuch der Wiener Arbeiterkammer

In jedem der neun österreichischen Bundesländer besteht eine Kammer für Arbeiter und Angestellte. Im Rahmen von Jahrbüchern berichten sie der Öffentlichkeit regelmäßig über ihre Tätigkeit. Bei der *Wiener* Kammer als der geschäftsführenden Stelle des Österreichischen Arbeiterkammertages, der die neun Institute in einer Dachorganisation zusammenfaßt, konzentriert sich deren gemeinsame, auf die Gesetzgebung und Verwaltung der Republik abgestellte Tätigkeit.

Zum neunten Male seit Kriegsende legte die Arbeiterkammer für Wien nun ihr Jahrbuch vor, das im Laufe der Zeit zu einem umfang- und inhaltsreichen Werk geworden ist. Es hat einen Vorläufer im *Wirtschaftsstatistischen Jahrbuch*, das die Wiener Arbeiterkammer der ersten Republik zwischen 1926 und 1936 in 11 Jahresbänden herausbrachte. Die neue Jahrbuchreihe, die seit der Wiedererrichtung der von den Nazis geschlossenen Arbeiterkammern (1945) erscheint, geht inhaltlich über die Vorkriegsreihe weit hinaus; neben dem wirtschaftsstatistischen Teil, der im Jahrbuch 1954 über 380 Seiten füllt, steht ein Jahresbericht über die sozialpolitische Entwicklung und über die Wirtschaftspolitik in Österreich, der über 300 Seiten stark ist. Dieser Textteil, in den übrigens, wie es die Natur der Sache fordert, gleichfalls zahlreiche statistische Übersichten eingebaut sind, macht den Besitz des Jahrbuches auch für den Nicht-Österreicher wertvoll.

Der Wirkungsbereich der Arbeiterkammern umfaßt die sozialpolitische Gesetzgebung, den technischen Arbeiterschutz, das Arbeitsrecht, den besonderen Schutz der arbeitenden Frau, Sozialversicherung und Sozialfürsorge einschließlich der Fürsorge für Kriegsoffer und Naziopfer, die Rechtsvertretung vor den Schiedsgerichten der Sozialversicherung, den Lehrlings- und Jugendschutz, die internationale Sozialpolitik, das Bildungswesen und die Wirtschaftspolitik in allen ihren Verzweigungen.

Die Arbeiterkammer berichtet über die sozialpolitische Entwicklung an Hand der von der

Bundesregierung ausgearbeiteten Gesetz- und Verordnungsentwürfe, die vor ihrer Einbringung im Hause der Gesetzgebung bzw. vor der Verlautbarung dem österreichischen Arbeiterkammertag zur Begutachtung vorgelegt werden. Dabei wird dargestellt, welche Einwände gegen Regierungsvorschläge und welche eigenen Verbesserungsanträge vorgebracht wurden. Hat ein Gesetzentwurf im Laufe des Jahres die Gesetzgebung passiert, so wird er im Jahrbuch nochmals erörtert, wobei wieder aufgezeigt wird, mit welchen Vorschlägen die Arbeiterkammern durchgedrungen sind und mit welchen nicht. Die Darstellung weicht dabei auch harter Kritik nicht aus, wo sie notwendig und berechtigt ist, so etwa, wenn sie bei Besprechung der Bauarbeiterschutzverordnung auf die Verschlechterungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf hinweist und dazu bemerkt, daß es dafür „praktisch keine andere Begründung gibt als die geringe Neigung gewisser Herren des zuständigen Ministeriums, sich für den tatsächlichen Fortschritt auf sozialpolitischem Gebiet entsprechend einzusetzen“; einige der vorgenommenen Änderungen werden als „kleinliche Schikanen“ charakterisiert.

Einen interessanten Einblick in die ausgebreitete Tätigkeit der Arbeiterkammer im Interesse der ihr als Mitglieder angehörenden Arbeiter und Angestellten gestatten die kurzen aber inhaltsreichen Darlegungen der einzelnen Abteilungen über ihre praktische Betätigung durch Auskunftserteilung und Intervention im Arbeiterschutz und in Fragen des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung. Hier sei auf die Tätigkeit der gut ausgebauten Lehrlings- und Jugendschutzabteilung der Arbeiterkammer hingewiesen. Die Abteilung hat sich einen umfangreichen Apparat geschaffen, um das ihr vom Gesetz eingeräumte Recht zur Überwachung der Jugendarbeit wirksam auszuüben. Sie verfügt in den verschiedenen Stadtteilen Wiens über 22 Bezirksjugendschutzstellen und über einen dem zentralen Büro angegliederten Stab von 107 freiwilligen Mitarbeitern, die sie in eigenen Schulungskursen für ihre Mission ausbildet, die Wissen, Takt und Energie erfordert. Die Abteilung hatte im Laufe des Jahres 1954 6079 Beschwerdefälle zu behandeln. Dabei trieb sie für ihre Schützlinge über 135 000 Schilling ein. 24mal wurde das Arbeitsgericht angerufen. Bei den Behörden sind 244 Anzeigen erstattet worden. Die meisten Fälle wurden durch direkte Intervention beim Arbeitgeber oder Lehrherrn erledigt.

Die Arbeiterkammer Wien versorgt mit ihrem Jahrbuch die Betriebsräte der größeren Betriebe ihres Bereiches und die haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre. Sie gibt ihnen damit ein überaus wertvolles Mittel in die Hand, das ihnen hilft, ihre Aufgaben erfolgreich zu erfüllen.

Ernst Lakenbacher (Wien)